

Kritiker sehen Gefahr für Unesco-Prädikat

Laut dem Bürgernetzwerk Pro Rheintal ging es auf der jüngsten Welterbe-Konferenz um den Krach im Rheintal – und angeblich nicht eingehaltene Versprechen zum Lärmschutz.

obo. RHEINGAU. Das 2002 verliehene Prädikat „Unesco-Welterbe“ für das Obere Mittelrheintal sei durch den wachsenden Bahnlärm akut gefährdet, warnt das Bürgernetzwerk Pro Rheintal. Nachdem die Unesco erkannt habe, dass die staatlichen Zusagen zum Lärmschutz nicht eingehalten würden, hätten auf der jüngsten „Weiterbe in Not“-Konferenz in Eisenach nur zwei Themen auf der Agenda gestanden: die Waldschlösschen-Brücke in Dresden und das Obere Mittelrheintal in Hessen und Rheinland-Pfalz. Laut „Pro Rheintal“-Sprecher Frank Groß bereitet die Unesco zwischenzeitlich eine Eingabe an das Europäische Parlament vor.

Entgegen der im Welterbeantrag zugesicherten „Entlärmung“ des Rheintals habe sich die Belastung seit dem Jahr 2000 verdreifacht. Statt in den Lärmschutz zu investieren, werde die Landschaft verschandelt, indem – wie jüngst bei Lorch – abbruchgefährdete Hänge mit Stahlnetzen überzogen oder zubetoniert würden, kritisiert Pro Rheintal die Fokussierung auf eine möglichst schnelle Bahnverbindung zwischen Rotterdam und Genua. Notwendig sei dagegen ein modernes Güterverkehrssystem, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspreche. Die Finanz- und Wirtschaftskrise biete die Voraussetzung für eine Umkehr der Politik. In dieses Konzept passe eine neue Güterverkehrsstrasse, die nicht durch Wohngebiete führe und für eine tatsächliche Entlastung der vom Verkehrsinfarkt bedrohten Autobahnen Sorge.

Eine sofortige Modernisierung des Wagenparks und Langsamfahrten innerhalb der Stadtgebiete sind nach Auffassung der Initiative Voraussetzungen dafür, dass das Rheintal weiter existieren kann. Der Erholungswert des Tales sei sonst nicht mehr gegeben. Dadurch verlöre ein Groß-

teil der ansässigen Wirtschaft seine Existenzgrundlage. Die technischen Lösungen zur „Entlärmung“ der 135 000 Güterwagen, die von der Bahn in Deutschland genutzt würden, seien längst entwickelt. Das Bürgernetzwerk kündigt an, es werde im gesamten Mittelrheintal zwischen Koblenz und Wiesbaden die Bürger über die Folgen des Bahnlärms und die Konsequenzen für die Grund- und Eigentumsrechte aufklären.

Bei einer ersten Veranstaltung in Stolzenfels bei Koblenz wurden die aus Sicht der Initiative „katastrophalen Folgen“ des Lärms beispielhaft thematisiert: Die Menschen würden massiv gesundheitsschädigenden Einflüssen ausgesetzt. Die Häuser zerfielen und würden unverkäuflich. Die Wirtschaft komme zum Erliegen. Das Schloss, als Denkmal mit dem Ort untrennbar verbunden, verliere an Bedeutung. Der Erholungswert von Stolzenfels sei „sogar negativ“. Für 2009 kündigt die Initiative dort eine für das Rheintal beispielhafte Großdemonstration an.

Unterdessen berichtet der Bundestagsabgeordnete für den Rheingau-Taunus, Klaus-Peter Willsch (CDU), von einer Einigung über die Verwendung der Gelder zur Lärmsanierung an Schienenwegen. In den vergangenen Jahren seien die Mittel auf 100 Millionen Euro erhöht und die Verwendung von Teilschritten für ein Pilot- und Innovationsprogramm zur lärm-mindernden Umrüstung alter Güterwagen ermöglicht worden. Jüngst sei vereinbart, dass statt bisher zehn nun 25 Millionen Euro für ein Programm zur Lärm- und Erschütterungsminderung verwendet werden dürften. Dadurch werde mehr Lärmschutz in Gleisnähe sowie am Gleiskörper und an den Zügen möglich. Zudem würden Projekte zum Erschütterungsschutz gefördert. Für die Erfolgskontrolle stünden drei Millionen Euro bereit.

Hessens Verkehrsminister Alois Rhiel (CDU) hat zwischenzeitlich der „Bürgerinitiative im Rheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn“ zugesichert, dass bei Investitionen in die Bahninfrastruktur die Beseitigung von Engpässen und die Entlastung stark befahrener Abschnitte Vorrang haben müssten. Er halte an dem Vorschlag fest, parallel zum Mittelrheintal eine neue Güterverkehrsstrasse zu prüfen.